

„Im Stil der schrecklichen Jahre“

Der französische Politologe Maurice Duverger über die KPF

Maurice Duverger, 60, Professor an der Pariser Sorbonne, Mitarbeiter von „Le Monde“ und politisch links stehend, ist einer der bedeutendsten Politologen Frankreichs. Die folgenden Auszüge sind seinem neuen Buch „Echec au roi“ (Schach dem König) entnommen.

Am 20. März 1975 erklärte Georges Marchais: „Links darf kein Kräfteverhältnis entstehen, das den Sozialisten gestatten würde, uns zu übergehen.“

Wir schrieben damals: „Wird die KPF in einer solchen Situation bereit sein, das Spiel des Gemeinsamen Programms konsequent durchzuspielen: ein Spiel, das die Gefahr in sich birgt, die Vormacht der Sozialisten zu verstärken? Das ist die Frage.“

Die Antwort wurde am 23. September 1977 gegeben*. Es war eine negative Antwort, deren Form noch bedeutsamer ist als der Inhalt. Innerhalb von zwei Wochen büßte die Kommunistische Partei das liberale Image ein, das seit 1972 nach und nach entstanden war. Müheles fanden ihre Führer nun zu dem Stil der schrecklichen Jahre zurück.

Um die Parteimitglieder und die Massen zu überzeugen, wurde die (KPF-)Dampfwalze wieder in Bewegung gesetzt. Sie rückt voran und walzt auf ihrem Weg alles nieder. Propagandafeldzüge in den Medien, Flugblätter, Sonderausgaben der „Humanité“, Diskussionen auf der Straße und am Arbeitsplatz, Aufklärungsarbeit in den Zellen, Entsendung von Delegationen zum Sitz der Sozialistischen Partei, öffentliche Veranstaltungen, Nonstop-Versammlungen, Mobilisierung der (KPF-nahen Gewerkschaft) CGT in den Betrieben: Die Propagandamaschine funktioniert nach wie vor vortrefflich.

Sie bearbeitet unablässig Hirne und Herzen. Nach und nach wird sie die Überzeugung verbreiten, die Sozialistische Partei bereite den Verrat vor, sie habe bereits damit begonnen, sie werde letzten Endes Giscard d'Estaing unterstützen; die Kommunistische Partei dagegen bleibe der einzige Verteidiger „unseres Volkes“, der „Arbeiter“, Frankreichs, der Demokratie, der Frei-

heit. Sie ist der Weg, die Wahrheit und das Leben. Alles, was sie sagt, ist wahr und gut. Alles, was die anderen sagen, ist falsch und schlecht.

Man darf nicht übersehen, daß viele französische Kommunisten wirklich mit der Diktatur brechen, den Pluralismus entwickeln und einen demokratischen Sozialismus aufbauen wollen. Das setzt aber eine radikale Umwandlung der Struktur und der Ideologie ihrer Partei voraus.

Solange eine Organisation monolithisch und totalitär ist, solange sie vorgibt, die „wissenschaftliche“ Wahrheit auf einem Gebiet zu besitzen, wo die Wissenschaft sich nur auf ganz wenige Dinge verlassen kann, da erzeugt sie zwangsläufig Repression und Dogmatismus.

Zur gleichen Zeit, da die KPF gegen die Sozialistische Partei die Techniken der Moskauer Prozesse anwendet, protestiert sie energisch gegen die Art der Prozeßführung in Prag. Während sie in einem reaktionären Stil die Angriffe gegen die „Sozialverräter“ wiederaufnimmt, grenzt sie sich weiterhin sorgfältig gegen die Sowjet-Union und die Volksdemokratien ab. Diese neue Strategie, die monolithische Starre nach innen mit relativem Liberalismus nach außen verbindet, könnte man National-Stalinismus nennen.

Indem man eine Unterdrückung anprangert, die zu offensichtlich ist, als daß man sie leugnen könnte, erweckt man den Eindruck, man breche mit ihr — und verschleiert damit, daß man selbst dorthin zurückkehrt.

Nichts ist in diesem Zusammenhang exemplarischer als die verblüffende Vorstellung, die den Journalisten am 10. November 1977 an der Place du Colonel-Fabien geboten wurde, wo das Zentralkomitee tagte**.

Das Defilee der Delegierten zur Tribüne, der rigorose Konformismus ihrer Reden, ihre perfekte Anpassung an die von der Spitze beschlossene Neuorientierung, der Ton der Redner und der Stil der Zeremonie: Alles war eine genaue Widerspiegelung der Riten der Ost-diktaturen. Man hätte glauben können, an einer Sitzung des Obersten Sowjets der UdSSR teilzunehmen.

Diese Veranstaltung als ein Modell von Demokratie auszugeben heißt, von der wahren Natur der Demokratie nichts zu verstehen.

USA

Wie im Krieg

Mit Haß und Verbissenheit führen Amerikas Kumpel den längsten Bergarbeiter-Streik in der Geschichte der USA. Das Land treibt zunehmend ins Chaos.

Für Philip Hughes, Top-Beamter im Washingtoner Energieministerium, ist es „ziemlich klar“, daß die Amerikaner sich „zu einem gewissen Ausmaß bereits in der Weltuntergangszeit“ befinden.

Viele Schulen in Amerika sind schon geschlossen, Behörden und Bürogebäude werden nur noch notdürftig beheizt, Betriebe stellen ihre Produktion ganz oder teilweise ein, setzen Tausende von Arbeitern auf die Straße.

Eisenbahnzüge und Lastkähne in den USA werden beschossen, Lastwagen mit Straßensperren und Nagelteppichen gestoppt, Fabrikanlagen mutwillig verwüstet, Maschinen demoliert, entlang den Highways stehen Nationalgardisten, das M 16 griffbereit. „Es ist“, sorgte sich einer, „wie im Krieg.“

Der Krieg — das ist der jetzt schon längste Bergarbeiterstreik in der Geschichte der USA, eine mit Starrsinn, Verbissenheit, Leidenschaft und Haß geführte Auseinandersetzung, in der jeder gegen jeden kämpft: die Gewerkschaft UMW (United Mine Workers) gegen Zechen, die Zechen gegen die Regierung in Washington, die Kumpel gegen ihre Gewerkschaftsführer und beide zusammen wieder gegen Kohlegruben, die vom Streik nicht betroffen, und Arbeiter, die nicht organisiert sind.

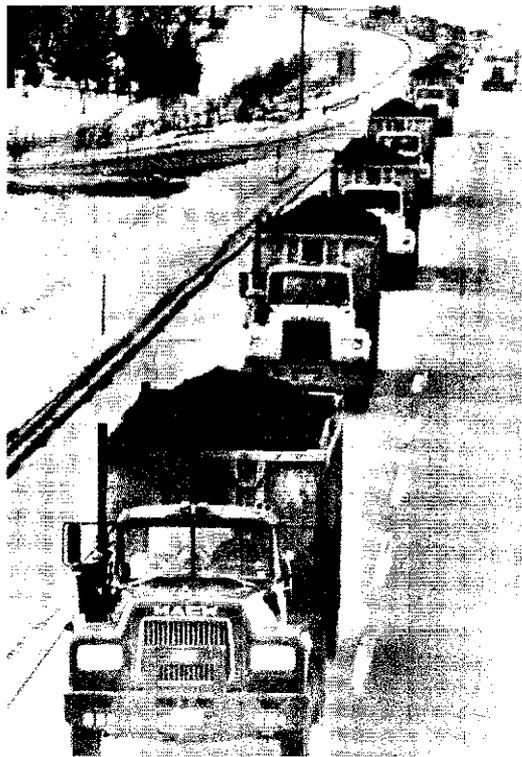


Bergarbeiterführer Miller
„Kein Vertrag — keine Arbeit“

* Abbruch der Verhandlungen zwischen Kommunisten und Sozialisten über die Aktualisierung des Gemeinsamen Programms von 1972.

** Die KPF hatte erstmals eine ZK-Sitzung für öffentlich erklärt.

© Editions Albin Michel, Paris 1978; 250 Seiten, 35 Franc.



Polizeigeschützter Kohlekonvoi in USA
„Dann ist hier jede Nacht New York“

Begonnen hatte alles damit, daß 160 000 Kumpel am 6. Dezember vorigen Jahres, mit dem Auslaufen ihres bisherigen Tarifvertrages, ihre Arbeit niederlegten — bis zum Abschluß eines neuen Vertrages. Denn seit je gilt für die Mitglieder der UMW: „Kein Vertrag — keine Arbeit.“

Wohl deutete die Hauptforderung der UMW — jede ihrer etwa 1200 Ortsgruppen soll ermächtigt werden, von sich aus einen Streik gegen einzelne Zechen auszurufen — von Anfang an auf langwierige Verhandlungen. Doch kaum jemand hatte damit gerechnet, daß sich der Ausstand so lange hinziehen würde.

„Die Zeiten, in denen ein Bergarbeiterstreik die Wirtschaft erschauern ließ, sind vorüber“, wiegelte Mitte Dezember das Magazin „U.S. News & World Report“ ab: Die betroffenen Wirtschaftszweige hätten sich für etwa 100 Tage mit Kohle eingedeckt.

Inzwischen jedoch sind diese 100 Tage fast erreicht, und Pessimisten im neugeschaffenen Energieministerium sprechen bereits vom heraufziehenden „Jüngsten Gericht“. Die düstere Prognose der Experten: fünf Millionen oder mehr Arbeitslose, Milliardenverluste für die Wirtschaft, Lahmlegung etwa der Hälfte der US-Industrie, wenn der Streik nur noch ein paar Wochen länger dauert.

Denn: Der Streik erfaßt vor allem das industrielle Herzland im Osten und Mittleren Westen der USA, etwa ein Dutzend Staaten — und dort werden immer noch 90 Prozent der Energie aus

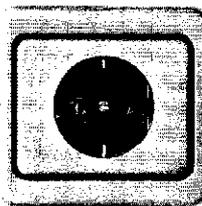
Vor Einbruch und Zerstörung schützt Sie ITT-Alarmtechnik.



Informieren Sie sich über VICOM[®], das drahtlose, installationsfreie Electronic-Alarmsystem.

VICOM[®] braucht keine Verdrahtung.

Dieses System mobiler Einzelgeräte arbeitet drahtlos und zuverlässig. Sie brauchen dazu nur das Lichtleitungsnetz.



VICOM[®] braucht keine Installation.

Zum Anschluß von VICOM[®] reichen die Steckdosen im Haus aus. Also keine Installationskosten, kein Installationschmutz.

VICOM[®] ist immer alarmbereit.

Selbst Stromausfall setzt VICOM[®] nicht außer Betrieb. Eine eigene Notstromversorgung stellt die Funktionsfähigkeit sicher. Sogar bei Zerstörung aller sichtbaren Teile löst VICOM[®] Alarm aus.

VICOM[®] bietet Schutz vom Keller bis zum Dachboden.

Denn dieses variable Alarmsystem läßt sich so kombinieren, daß Sie jeden Bereich schützen können.

Innerhalb 48 Stunden können Sie geschützt sein.

Fordern Sie detaillierte Informationen an. Oder den Besuch des ITT-Sicherheitsberaters.

Name

Straße

PLZ/Ort

Telefon

ITT-Regelungstechnik, Westendhof 8
4300 Essen 1, Telefon (02 01) 24 01

VICOM[®]

Das Alarmsystem von ITT-Regelungstechnik



SPV 3

Kohle gewonnen (in den USA insgesamt rund 20 Prozent).

In Ohio zum Beispiel ist denn auch schon der Energie-Notstand ausgerufen worden. Vorschriften zum Umweltschutz in Fabriken wurden, um Energie zu sparen, zeitweilig außer Kraft gesetzt. Die Ohio Edison Company legte elf Kohlekraftwerke still. Gouverneur James Rhodes: „Der Countdown zur Katastrophe hat schon begonnen.“

Im benachbarten Indiana, dem am schlimmsten betroffenen Staat, reduzierten einige Elektrizitätsgesellschaften ihre Produktion bereits um 25 Prozent, weitere Kürzungen sind vorgesehen. „Es wird nicht mehr lange dauern“, warnte ein Experte in Anspielung auf die berüchtigten Stromausfälle

spielsweise Energie aus dem Westen nachgeschoben werden könnte;

- ▷ viele Anlagen auf ganz bestimmte Kohlesorten spezialisiert sind und nicht mit anderen Sorten gefahren werden können;
- ▷ die streikenden UMW-Kumpel Lieferungen aus nicht organisierten Betrieben zum Teil mit Waffengewalt verhindern.

Zwei Menschen wurden bei diesen Auseinandersetzungen bereits getötet, Dutzende schwer verletzt — die Sachschäden erreichten Millionenhöhe. Auch Präsident Jimmy Carters Appell an die Kontrahenten, sich schleunigst zu einigen, und die Einsetzung des US-Arbeitsministers Ray

schaftsrivalen Joseph Yablonsky und dessen Familie befohlen und die Killer aus der Gewerkschaftskasse bezahlt zu haben — hatte Miller seinen Kumpels vor allem mehr Demokratie versprochen. Statt dessen brachte er Chaos, und die einst mächtige Gewerkschaft „verfiel der Anarchie, jegliche Autorität ging verloren“ („The Washington Post“).

Mitten in wichtigen Tarifverhandlungen beispielsweise stand Miller plötzlich auf, entschuldigte sich — und ging zu einer Party. Wichtige Entscheidungen vertagte er — weil ihm der Besuch eines Baseball-Spiels wichtiger war.

Ein Tarifvertrag, den Miller Anfang des Monats mit den Vertretern der Zechen ausgehandelt hatte, fiel denn auch schon durch, bevor er die UMW-Mitglieder zur Abstimmung erreichte.

Das zuständige Tarif-Komitee der UMW lehnte den Vertrag mit 30 zu 6 Stimmen ab: Miller hatte den Unternehmern das Recht zugestehen wollen, im Falle von wilden Streiks Geldstrafen in Höhe von 20 Dollar pro Tag zu verhängen, und außerdem dem Vorschlag zugestimmt, die Bergarbeiter sollten sich künftig an den Kosten ihrer Kranken- und Altersversicherung beteiligen. Da konnte selbst die für die nächsten drei Jahre ausgehandelte Lohnerhöhung von 37 Prozent auf 10,15 Dollar pro Stunde die Bergleute nicht mehr locken.

In dieser verfahrenen Situation zeigte sich Jimmy Carter schließlich entschlossen, „schärfere Maßnahmen“ zu ergreifen. Die Zechen, so drohte er an, würden kurzfristig unter Regierungskontrolle gestellt — wozu freilich ein langwieriger Entscheidungsprozeß im Kongreß erforderlich ist.

Und noch eine weitere Möglichkeit stand dem Präsidenten offen: das sogenannte Taft-Hartley-Gesetz, durch das streikende Arbeiter in lebenswichtigen Industriezweigen für zunächst 80 Tage zur Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit gezwungen werden können.

Doch schon drohten Gewerkschafter, Carter würde dieselben Erfahrungen machen wie einst sein Vorgänger Harry Truman: Die Kumpel würden sich einem Arbeitsbefehl schlicht widersetzen, selbst wenn sie mit Waffengewalt zur Arbeit gezwungen werden sollten: „Mit Bajonetten kann man keine Kohle fördern“, zitierten sie den legendären früheren Bergarbeiterführer John L. Lewis.

Zu den Verlierern des Streiks gehört, was immer er tut, auch Carter selbst. Denn ein wesentlicher Bestandteil seines noch im Senat schmorenden Energieprogramms ist die Umrüstung weiter Teile der US-Industrie von teurem Importöl auf heimische Kohle.

Angesichts des Dauerstreiks jedoch, so die „Washington Post“, zeigen die industriellen Verbraucher dafür „keinerlei sichtbare Begeisterung“.



Schienenblockade durch Bergarbeiter in Illinois: Fünf Millionen Arbeitslose?

in der Millionenstadt New York, „und dann ist hier jede Nacht New York.“

Und die Folgen blieben nicht nur auf die vom Streik unmittelbar betroffenen Staaten begrenzt: Wenn beispielsweise die Ohio-Niederlassungen der Auto-Giganten General Motors (300 000 Beschäftigte) und Chrysler (150 000 Beschäftigte) wegen Energiemangel ihre Arbeit einstellen müßten, dann könnten auch die Hauptwerke in Detroit nicht mehr weiterproduzieren, weil wichtige in Ohio gefertigte Teile fehlen würden.

Zwar repräsentieren die streikenden UMW-Kumpel nur etwa die Hälfte der amerikanischen Bergarbeiter, und die 130 bestreikten Zechen fördern auch nur knapp die Hälfte der US-Kohle. Die Folgen des Ausstands sind dennoch so katastrophal, weil

- ▷ es in den USA kein ausreichendes Verbundnetz gibt, über das bei-

Marshall als Vermittler blieben bislang ohne sichtbaren Erfolg.

Die Unternehmer verweigerten die Teilnahme an einer neuen Verhandlungsrunde und lehnen, natürlich, unverändert die Hauptforderung der UMW nach Streik-Autonomie für jeden kleinen Ortsverein ab — das wäre in ihren Augen nichts anderes als eine Legalisierung wilder Streiks. Und durch wilde Streiks gingen allein im vorigen Jahr knapp 2,5 Millionen Arbeitstage verloren.

Die Gewerkschaft andererseits wird von einem „unfähigen“ („Time“) Mann geführt, gegen den seine eigenen Kumpel beinahe ebenso tiefen Haß empfinden wie gegen die Unternehmer: Arnold R. Miller, 54.

Als Nachfolger des dubiosen Tony Boyle — der gerade wieder von einem US-Gericht für schuldig befunden wurde, 1969 den Mord an seinem Gewerk-